

Antrag 49/I/2020**Jusos Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Aufnahme von Geflüchteten von den griechischen Inseln**

1 **Für echte europäische Solidarität, die diesen Namen**
2 **verdient, und für ein brandenburgisches Landesauf-**
3 **nahmeprogramm**
4 Wir begrüßen die Entscheidungen der Bundesre-
5 gierung, zuerst 53 minderjährige Asylsuchende, an-
6 schließend 243 behandlungsbedürftige Kinder, so-
7 wie ihre Kernfamilien und zuletzt 1553 anerkannt-
8 te Asylbewerber von den griechischen Inseln aufzu-
9 nehmen. Auch wenn Deutschland mit 2750 Perso-
10 nen im Vergleich zu anderen EU-Ländern einen ho-
11 hen Anteil an Geflüchteten aufnimmt, sind die La-
12 ger weiterhin überfüllt und Abstandsregeln schwer
13 einzuhalten, weshalb sich die Bundesregierung in
14 ihren Bemühungen um eine europäische Lösung
15 nicht zurücklehnen darf. Der neue Vorschlag der EU-
16 Kommission kann nicht die endgültige Antwort auf
17 die Probleme im europäischen Asyl- und Migrations-
18 recht sein. Wir erwarten von der Bundesregierung
19 und insbesondere von der SPD, dass sie sich weiter-
20 hin für echte Solidarität einsetzt und vor allem da-
21 für, dass das Recht auf Asyl, auf faire rechtsstaatli-
22 che Verfahren und Menschenrechtsschutz nicht un-
23 ter dem Druck populistischer und rechtsnationaler
24 Regierungen immer weiter ausgehöhlt wird.
25 Der Beschluss vom 23.09. zeigt, dass sich Länder
26 wie Ungarn, die von „religiös-kultureller Überfrem-
27 dung“ reden durchsetzen, wenn in der Migrati-
28 onspolitik fortwährend am kleinsten gemeinsamen
29 Nenner und nicht an einer langfristigen, grundle-
30 genden Reform des europäischen Asylsystems gear-
31 beitet wird. Auch wenn die Verbindung von finan-
32 ziellen Anreizen und der Aufnahme von Geflüch-
33 teten aus anderen Mitgliedstaaten begrüßenswert
34 sind (10.000 Euro pro Person, 12.000 bei Minderjäh-
35 rigen), mangelt es an einer verpflichtenden Umver-
36 teilung von Schutzsuchenden nach Quoten auf alle
37 EU-Länder. Da Hilfe weiterhin auf Freiwilligkeit be-
38 ruht, werden die EU-Außengrenzstaaten Griechen-
39 land, Italien, Spanien und Malta bei der Bewältigung
40 der Migrationsströme weiter im Stich gelassen.
41 Der Vorschlag, dass ein Land, das unter Druck ge-
42 raten ist, einen sogenannten Mechanismus für ver-
43 pflichtende Solidarität auslösen können soll, bei der

Empfehlung der Antragskommission**Votum noch offen**

44 die EU-Kommission überprüft, wie viele Menschen
45 dem Land abgenommen werden müssen, ist eine
46 Notlösung, die weit hinter unseren Erwartungen
47 an die EU hinsichtlich einer geregelten, menschen-
48 würdigen Asylpolitik zurückbleibt. Dass Länder, die
49 sich weigern Geflüchtete mit Aussicht auf einen
50 Schutzstatus aufzunehmen dies durch Unterstüt-
51 zung beim Migrationsmanagement oder durch so-
52 genannte „Abschiebe-Patenschaften“ ausgleichen
53 können sollen, ist ein zynischer Vorschlag, der genau
54 die falschen Signale an Länder sendet, die sich ihrer
55 humanitären Verantwortung entziehen.

56 Nachdem Berlin und Thüringen sich schon länger
57 bereit erklärt haben, 300 bzw. 500 Geflüchtete von
58 den griechischen Ägäis Inseln aufzunehmen und 58
59 Kommunen in Deutschland mehr Geflüchtete auf-
60 nehmen wollen, als sie nach dem bundesweiten Ver-
61 teilschlüssel müssten, fordern wir die Brandenbur-
62 ger Landesregierung auf, sich an diesen Initiativen
63 zu beteiligen. Brandenburg soll ebenfalls ein eige-
64 nes humanitäres Aufnahmeprogramm auf den Weg
65 bringen, um einen Beitrag zur Verbesserung der Si-
66 tuation in den Elendslagern zu leisten!

67 Hinsichtlich der hohen Aufnahmebereitschaft von
68 Ländern und Kommunen, fordern wir den Bund auf,
69 Hilfsbereitschaft zu fördern und nicht zu verbieten!
70 Deshalb fordern wir Ministerpräsident Woidke auf,
71 den Vorsitz im Bundesrat zu nutzen, um Druck
72 auf Bundesinnenminister Seehofer auszuüben, da-
73 mit dieser seine Verweigerungshaltung gegenüber
74 Landesaufnahmeprogrammen und Initiativen von
75 Kommunen aufgibt. Ferner fordern wir, dass die
76 brandenburgische Landesregierung im Bundesrat
77 eine neue Initiative zur Änderung des Aufenthalt-
78 gesetzes startet, wonach § 23 Abs. 1 S. 3 AufenthG
79 in Zukunft wie folgt lauten soll: „Die Anordnung er-
80 geht im Benehmen mit dem Bundesministerium des
81 .“

82 Darüber hinaus gilt es eine humanitäre Flüchtlings-
83 politik in der EU durchzusetzen. Die SPD steht daher
84 für:

- 85 • Eine echte europäische Seenotrettungsmissi-
86 on mit dem Ziel alle Geflüchteten auf dem
87 Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten
- 88 • Entkriminalisierung von privater Seenotret-
89 tung
- 90 • Menschenwürdige Bedingungen in der Flücht-
91 lingsunterbringung
- 92 • Beendigung der Zusammenarbeit mit der liby-

- 93 schen Küstenwache
- 94 • Untersuchungen bezüglich vermuteter Push
- 95 Backs an den europäischen Außengrenzen
- 96 • Europäische Verteilungsschlüssel zur Vertei-
- 97 lung von Geflüchteten
- 98 • Echte Möglichkeiten zur Asylantragstellung
- 99 außerhalb der europäischen Außengrenzen
- 100 • Nachhaltige europäische Entwicklungspolitik
- 101 die Demokratie und Friedensschaffung in den
- 102 Herkunftsländern sichert und Fluchtursachen
- 103 effektiv angeht

104

105

106 **Begründung**

107 Die Brandkatastrophe von Moria ist schrecklich, aber

108 angesichts der vielen Vorzeichen kaum als überra-

109 schend zu bezeichnen. Das seit Jahren überfüllte

110 Lager wurde von über 12.000 Menschen bewohnt,

111 während es ursprünglich lediglich für 2.600 Perso-

112 nen erbaut wurde. Die Frage war nicht ob, sondern

113 wann und welcher Art sie sein wird.

114 Deutschland und die Europäische Union ignorieren

115 seit Jahren bewusst die Missstände in der Flücht-

116 lingspolitik innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen.

117 Dies geschieht mit dem Vorwand, keine zusätzliche

118 Zuwanderung von Flüchtlingen auslösen zu wollen.

119 Dabei wird jedoch völlig verkannt, dass auch das

120 elendigste Flüchtlingslager in Europa bessere Le-

121 bensbedingungen bietet als ein Foltergefängnis in

122 Libyen oder ein Leben in ständiger Angst vor Bom-

123 ben und politischer Repression jedweder Art, sei sie

124 nun auf Grund von politischen Anschauungen, der

125 sexuellen Orientierung, der Religion oder sonstigen

126 Gründen.

127 Das Asylrecht ist kein Privileg, dass Staaten

128 aus Barmherzigkeit gewähren, sondern ein von

129 Deutschland und der EU garantiertes Grundrecht.

130 Es gehört zu diesem Grundrecht, als Asylantrag-

131 steller*in nicht in ein Land abgeschoben zu werden,

132 in dem das Asylrecht nicht gewährleistet werden

133 kann, oder in dem einem Folter droht. Deswegen

134 finden keine Rückführungen nach z.B. Libyen statt.

135 Doch anstelle zu versuchen, Menschen aus dieser

136 Lage zu befreien, unterstützt die EU die "libysche"

137 Küstenwache dabei, Menschen abzufangen und zu-

138 rück nach Libyen zu bringen, bevor die Europäische

139 Union für sie verantwortlich wäre.

140 Zusammen mit der zunehmenden Kriminalisierung

141 von Seenotrettung, die kein Verbrechen, sondern ei-

142 ne seemännische Pflicht ist, entsteht ein Bild abso-
143 luter Inhumanität.